

## PEKINGS NEUE TIBET-POLITIK

Karl-Heinz Schmick

### A) EINLEITUNG

Seit dem Frühjahr 1980 zeichnen sich in der Autonomen Republik Tibet tiefgreifende Veränderungen ab, die einer eingehenden Betrachtung wert sind. Zum einen ist davon immerhin etwas mehr als ein Achtel des chinesischen Territoriums und die zahlenmäßig vierstärkste nationale Minderheit betroffen, und zum anderen ist es fraglich, ob den Reformen nur innenpolitische Bedeutung zukommt. Im folgenden wird daher zu untersuchen sein, wie die neue Konzeption aussieht, welche Kräfte hinter den geplanten Maßnahmen stehen und welche Motive für die Entscheidung zur Revision der bisherigen Tibet-Politik ausschlaggebend waren. Abschließend soll versucht werden, eine Prognose über die Erfolgsaussichten zu erstellen, soweit dies zu einem so frühen Zeitpunkt möglich ist.

### B) DIE REFORM

Vor einer Darstellung der neuen Tibet-Politik Pekings sollen hier kurz die geographischen und historisch-politischen Voraussetzungen beschrieben werden.

#### 1. Die Ausgangslage

Die Autonome Region Tibet umfaßt 1,2 Mio km<sup>2</sup> und hat zwischen 1,3 und 1,7 Mio. Einwohner, von denen 90 % Tibeter und 7,6 % Han-Chinesen sind<sup>1</sup>. Weite Teile des in eine verwaltungsmäßig eigenständige Stadt, 5 Bezirke und 72 Kreise geteilten Landes sind unbewohnt, die Bevölkerung konzentriert sich an der Grenze zu Nepal und Bhutan und in der Gegend um Lhasa. An Bodenschätzen sind nur bei Gartok Uranvorkommen und bei Ed Dzong Erdölfelder nachgewiesen;

lediglich in der Hauptstadt der Region ist Industrie vorhanden, die jedoch nur lokale Bedeutung hat. Durch Höhenlage, Morphologie sowie niedrige, schwankende Niederschläge bedingt, ist der Norden landwirtschaftlich fast gar nicht nutzbar, wohingegen im Süden Weide- und z. T. Forstwirtschaft und in den Tälern des östlichen Transhimalaya sogar Ackerbau möglich ist<sup>2</sup>. Strategisch gesehen<sup>3</sup> ist die Region insofern wichtig, als das Hochplateau und die Hochgebirgszüge eine nahezu unüberwindliche Barriere gegen jedwede militärische Bedrohung aus dem Süden darstellen und im Bedarfsfall zugleich eine überlegene Ausgangsposition für eigene offensive Operationen in Richtung auf den indischen Subkontinent verschaffen<sup>4</sup>.

Von 1912 bis 1950 war Tibet unabhängig. Nach der Besetzung des Landes begannen die Chinesen mit der Entmachtung des tibetanischen Adels und dem Kampf gegen den "Aberglauben" des Lamaismus. Gleichzeitig wurden das Bildungswesen, die medizinische Versorgung und die Verkehrsverbindungen ausgebaut, denn eine nennenswerte Infrastruktur war nicht vorhanden<sup>5</sup>. Besonders die Schließung der Klöster, die Mißachtung der religiösen und kulturellen Traditionen und die Allgegenwart chinesischer Kader führten bekanntlich im März 1959 zu einer Erhebung, die mit der Niederlage der Aufständischen und der Flucht des Dalai Lama, des geistlichen und weltlichen Oberhaupts der Tibeter, endete. Peking setzte seine Politik der forcierten Modernisierung und Repression fort, doch obwohl diese Autonome Region finanziell stärker gefördert wurde als die Provinzen und regierungsunmittelbaren Städte Chinas, ist Tibet immer noch relativ unterentwickelt.

Auch die beherrschende Position der Han-Chinesen ist ungebrochen. Nach MAYER sind von den Kadern auf der Ebene der Volkskommunen fast 100 %, auf der Ebene der Kreise 50 % und auf der Ebene der Bezirke 30 % Tibeter. Diese Tendenz wird auch bei der Besetzung hoher Regierungsposten deutlich: Nur der Vorsitzende T'ien Pao (Tien Bao) und 6 der 14 Vizevorsitzenden der Volksregierung sind Tibetaner. Beim weniger wichtigen Ständigen Ausschuß des Volkskongresses gehören dagegen bezeichnenderweise der Vorsitzende und 8 von 11 Vizevorsitzenden der tibetischen Nationalität an<sup>6</sup>. Noch deutlicher wird der dominierende Einfluß der Chinesen, wenn man den Parteiapparat, das eigentliche Schaltzentrum der Macht, betrachtet. Sichtbaren Ausdruck findet dies in der Person des neuen 1. Sekretärs des Parteikomitees von Tibet, Yin Fa-t'ang (Yin Fatang), der kein Tibeter ist und obendrein eine gewisse Rolle bei der "friedlichen Befreiung" 1950 und der Niederwerfung der "Rebellion" 1959 spielte<sup>7</sup>. Das einzige Positive an seiner Person dürfte in den Augen der einheimischen Bevölkerung wohl die Tatsache sein, daß er einer der wenigen Chinesen ist, der ihre Sprache beherrscht. Auch sein Vorgänger, General Jên Jung, war Han-Chinese<sup>8</sup>. An dieser Situation wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern, denn an den drei Hochschulen des Landes sind etwas mehr als ein Drittel Han-Chinesen<sup>9</sup>, obwohl sie nur ungefähr ein Dreizehntel der Bevölkerung ausmachen.

Sympathien hat sich Peking mit seiner Politik nicht erworben. Schon im Stadtbild Lhasas wird deutlich, daß beide Volksgruppen nebeneinander her und aneinander vorbei leben<sup>10</sup>. Zudem hat die jüngste Zeit erwiesen, daß alte Bräuche nahezu ungebrochen fortleben und der Dalai Lama bei den Tibetern ein unverändert hohes Ansehen genießt, wie wir noch sehen werden. Ganz sicher war man sich in Peking seiner tibetanischen Untertanen wohl selbst nicht, denn der im Vergleich zu anderen Wehrbereichen (chün-ch'ü) hohe Anteil von Sicherheitstruppen und die relativ geringe Stärke der Luftwaffe bei den in Tibet stationierten Verbänden<sup>11</sup> zeigt, daß die Volksbefreiungsarmee (VBA) hier (eingedenk der Erfahrung von 1959?) wohl in erster Linie für den Einsatz gegen einen inneren Feind gerüstet ist.

Insgesamt muß die Situation in den Augen der Pekinger Führung daher höchst unbefriedigend gewesen sein.

## 2. Die Kurskorrektur

Ende Februar 1978 tauchte der Panschen Lama, von 1950 bis 1964 Gegenspieler des Dalai Lama, nach über zwölfjähriger Abwesenheit in der Öffentlichkeit wieder auf<sup>12</sup>. Er nahm als Delegierter an der "Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes" in Peking teil<sup>13</sup>. Mit dieser geringfügigen Konzession erreichte die Partei- und Staatsführung jedoch nichts. Eine Sonderabordnung aus Peking mußte Mitte Juli 1979 zur Regelung der tibetanischen Angelegenheiten an Ort und Stelle entsandt werden. Wie groß die Probleme waren, kann man daran ersehen, daß nun die Einbeziehung des Dalai Lama in die Lösung (zumindest in Lhasa) ernsthaft diskutiert wurde<sup>14</sup>.

Im April 1980 fiel dann die Entscheidung, den bisherigen Kurs aufzugeben. Auf mehreren Sitzungen des ZKs der KP Chinas (Kung Ch'an Tang, KCT) wurde die Situation in Tibet eingehend diskutiert und verschiedenen Parteiorganen ein zusammenfassender Bericht und ein Rundschreiben zugestellt<sup>15</sup>. In ihnen betonte man die große Bedeutung, die den vereinten Anstrengungen von Parteikadern und tibetischer Bevölkerung bei der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Entwicklung der Region und der Verbesserung des Lebensstandards ihrer Einwohner zukäme. Um dieses Ziel zu erreichen, gelte es, folgende Prinzipien zu beachten<sup>16</sup>:

1. Alle Tibet betreffenden Maßnahmen und Entscheidungen der Zentralverwaltung müssen die vorherige Zustimmung der Kader und des tibetanischen Volkes haben. Andernfalls sollen sie revidiert oder zurückgestellt werden.
2. Die Führungsorgane von Partei und Regierung in Tibet können Richtlinien und Beschlüsse des ZKs der KCT und der Zentralverwaltung, die den Verhältnissen der Autonomen Region nicht entsprechen, modifizieren oder nicht

in Kraft setzen. Die Zugehörigkeit des Landes zu China und die führende Rolle der KCT dürfe dabei allerdings nicht angetastet werden.

3. Es sollen verstärkt Anstrengungen zur Ausbildung von Kadern tibetanischer Nationalität unternommen werden. Entsprechend den aktuellen Erfordernissen sollen auch andere qualifizierte Kader aus dem Inneren Chinas nach Tibet geschickt werden, doch soll ihre Zahl gering gehalten werden.
4. Bei der Planungsarbeit der Pekinger Zentrale sind die speziellen wirtschaftlichen, kulturellen und infrastrukturellen Bedürfnisse und die vernünftigen Forderungen der Region zu berücksichtigen. Die materielle und technische Hilfe muß verstärkt werden.
5. Das regionale Parteikomitee Tibets soll den Plan für den Wirtschaftsaufbau des Landes erneut überprüfen und überarbeiten. Alle "linksabweichlerischen" Tendenzen in der Entwicklung von Landwirtschaft, Wirtschaftsverwaltung und Außenhandel sind zu korrigieren, und die Politik der Partei<sup>17</sup> ist mit allen Mitteln in die Tat umzusetzen.
6. Eine systematische Untersuchung der bisherigen Arbeit in Tibet muß vorgenommen werden.

Damit war die Unzulänglichkeit der bisherigen Partei- und Regierungsarbeit und die Notwendigkeit, größere wirtschafts- und kulturpolitische Eigenständigkeit zu gewähren, offen eingestanden. Die Rückständigkeit des Gebiets wurde zugegeben.

Besonders interessant sind die Punkte 5 und 6, geben sie uns doch einen Hinweis darauf, daß das gesamte Programm im Zusammenhang mit dem innerparteilichen Machtkampf gesehen werden muß. Die Spitze gegen die Anhänger der "Viererbande" ist nicht zu übersehen, der Verweis auf die Parteidisziplin und die Ankündigung einer genauen Untersuchung der bis dahin geleisteten Arbeit kann nur als Ankündigung von Säuberungen und die Absicht, die Mitglieder der KCT in Tibet notfalls auch mittels Druck und Drohung auf die neue Parteilinie der Gruppe um Teng Hsiao-p'ing zu verpflichten, verstanden werden. Und in der Tat darf die Autonome Region in gewisser Weise als eine der letzten Bastionen der kulturevolutionären Linken gelten. General Jèn Jung (Ren Rong), zu dieser Zeit 1. Sekretär des Parteikomitees, war während der Kulturrevolution in dieses Amt aufgestiegen; Er gehörte zu den Anhängern Lin Piaos (Lin Biaos), und die KCT Tibets hatte sich relativ früh die "linke" Interpretation der Lin-Piao-Affaire zu eigen gemacht<sup>18</sup>. Auch war sie eine der ersten gewesen, die 1973 den Versuch, der Parteilinie eine Wendung nach links zu geben, entschlossen unterstützt hatte<sup>19</sup>. Als das ZK im April 1980 die neuen Richtlinien für die Tibet-Politik beschloß, war Jèn Jung der einzige noch amtierende Provinz-Parteiführer, der in der Kulturrevolution aufgestiegen war<sup>20</sup>.

Noch deutlicher wird die innerparteiliche Stoßrichtung bei einer Analyse des obengenannten Rundschreibens. In ihm wird als "gegenwärtige Hauptaufgabe" und "Kampfziel des Autonomen Gebiets Tibet" angegeben, daß "... entsprechend den konkreten Verhältnissen in Tibet die von Lin Biao und der Viererbande angerichteten Schäden wiedergutzumachen, die Wirtschaft zu entwickeln, der Lebensstandard und das kulturelle und wissenschaftliche Niveau der Volksmassen zu heben, die Landesverteidigung zu verstärken ..." seien. "Wegen der schädlichen Einflüsse der ultralinken Linie Lin Biaos und der Viererbande auf die Nationalitäten-, Wirtschafts-, Religions-, Einheitsfront- und Kaderpolitik der Partei hat die tibetische Bevölkerung ... Not erlitten." Der Hinweis auf Lin Piao war zweifellos auf Jên Jung gemünzt, und die Politik der kulturrevolutionären Linken wurde für die Rückständigkeit der Region, ja für die gesamte dortige Misere, verantwortlich gemacht<sup>21</sup>.

Andere Umstände bestätigen den innerparteilichen Hintergrund der Revision der bisherigen Tibet-Politik.

### 3. Vorbereitung, Durchsetzung und Durchführung der neuen Richtlinien

Um die Jahreswende 1979/1980 erschien in der Zeitschrift "Rote Fahne" (Hung Ch'i, Hong qi) ein Artikel Chou En-lais (Zhou Enlais) zur Nationalitätenpolitik, der dann rasch von allen Zeitungen übernommen wurde. Er basierte auf einer Rede, die der Ministerpräsident am 4. August 1957 in Tsingtau (Ch'ing-tao, Tsingtao) gehalten hatte. Sie war vom Verfasser überarbeitet worden, doch hatten Ch'en Po-ta (Chen Boda) und ein anderes ZK-Mitglied<sup>22</sup> den Abdruck in der HUNG CH'I verhindert<sup>23</sup>. (Ch'en Po-ta war bekanntlich einer der Hauptangeklagten im spektakulären Prozeß gegen die Viererbande.) Im Oktober 1979 entdeckte die Redaktion der "Roten Fahne" das Manuskript wieder und veröffentlichte es in der Dezember-Ausgabe. Die JEN-MIN JIH-PAO (RENMIN RIBAO) übernahm den Aufsatz am 31. Dezember<sup>24</sup>. In ihm wird den nationalen Minderheiten das Recht auf Selbstverwaltung, wirtschaftliche Prosperität, Religionsfreiheit und Kulturautonomie bei Wahrung der staatlichen Einheit der VR China eingeräumt<sup>25</sup>.

Diese Ausführungen stimmen, wie man sieht, völlig mit der Zielsetzung der neuen Tibet-Politik der Pragmatiker-Fraktion der KCT um Teng überein. Die tibetanische Frage wurde in dem Beitrag Chou En-lais allerdings nicht besonders herausgestrichen.

Jên Jung durchschaute die Zusammenhänge offenbar nicht, denn sonst wäre er wohl kaum am 5. Februar als Leiter einer Delegation der Autonomen Region Tibet zu einem zehntägigen Besuch nach Nepal gereist<sup>26</sup>.

Nach den ZK-Beschlüssen Ende April - man hatte offenbar die Ergebnisse des 5. ZK-Plenums und das Ende der 14. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses abgewartet<sup>27</sup> - nahm die Parteiführung umgehend das Problem der Realisierung in Angriff. Verschiedenen Organen der KCT<sup>28</sup> wurde, wie schon erwähnt, ein zusammenfassender Bericht und ein erläuterndes Rundschreiben zugeschickt. In Lhasa müssen sie bereits vor dem 15. Mai eingetroffen sein, denn an diesem Tag wurden sie auf einer erweiterten Versammlung des Parteikomitees der Autonomen Region weitergeleitet<sup>29</sup>. Genau eine Woche später traf eine Gruppe hoher Funktionäre zu einer zehntägigen Inspektionsreise in Tibet ein. Die oben unter Punkt 6 genannte "systematische Untersuchung" hatte eher begonnen, als es manchem Parteimitglied lieb sein konnte, und mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe hatte das ZK den Generalsekretär Hu Yao-pang (Hu Yaobang) selbst betraut. Als enger Mitarbeiter Liu Shao-ch'is und frühes Opfer der Kulturrevolution<sup>30</sup> war er ein Garant der konsequenten Durchführung der ZK-Beschlüsse. Ähnliches läßt sich von Wan Li und Yang Chin-jen, zwei weiteren hohen Delegationsmitgliedern, sagen<sup>31</sup>. Das ließ für Jèn Jung, der seinen Aufstieg der Kulturrevolution verdankte, nichts Gutes erwarten, und in der Tat entthob ihn Hu namens und im Auftrag des ZKs seines Postens als Ersten Sekretär des Tibetischen Regional-Komitees und bestimmte Yin Fa-t'ang (Yin Fatang) zum Nachfolger<sup>32</sup>.

Es ist nicht sicher, ob dieser Wechsel so glatt vonstatten ging, wie es nach außen hin den Anschein hatte. Aus diplomatischen Kreisen in Peking verlautete, daß Mitte des Jahres Truppen in Stärke von 30 000 Mann nach Tibet verlegt wurden; als einer der Gründe hierfür wurde die gespannte Lage in der Autonomen Region selbst angegeben<sup>33</sup>. Auf die Einheimischen konnte sich das kaum beziehen, denn der "Eklat von Lhasa" hatte sich zu einer Zeit zugetragen, als die neuen Verbände schon im Lande gestanden haben müssen<sup>34</sup>. Dennoch bleiben einige Fragen offen. So ist nicht klar, ob der ins Feld geführte Grund eine reine Spekulation der in der Hauptstadt akkreditierten Diplomaten war, oder ob ihr letztlich chinesische Quellen zugrunde lagen. Selbst wenn man die letztgenannte Möglichkeit annimmt, bleibt offen, ob es sich um eine Präventivmaßnahme handelte oder ob die Truppenverstärkung konkret begründete Verdachtsmomente zum Anlaß hatten. Gesetzt den Fall, es hätte wirklich ein Putschversuch oder eine Meuterei (sozusagen einen "Wuhan-Zwischenfall" mit umgekehrtem ideologischen Vorzeichen<sup>35</sup>) stattgefunden, von wem ging das ganze aus? War die Aktion geplant oder entwickelte sie sich spontan? Im Falle einer von langer Hand vorbereiteten Operation kommt natürlich in erster Linie Jèn Jung als Drahtzieher in Frage, aber auch andere Anhänger der "Viererbände" und Lin Piao kommen hier in Betracht. Alles in allem scheint mir die Quellengrundlage für eine gesicherte Aussage viel zu gering zu sein.

Kurz nach ihrer Ankunft führte die Kommission Gespräche mit Parteivertretern auf regionaler und lokaler Ebene, mit Kadern der Verwaltung, mit hohen

Militärs und sogenannten "patriotischen Demokraten der tibetischen Oberschicht". In einer Serie von Konferenzen wurde Hu Yao-pang nicht müde, dem "fleißigen, intelligenten und tapferen tibetischen Volk" Lob zu zollen und den "ultralinken" Kurs der Viererbande für die Armut im Lande verantwortlich zu machen<sup>36</sup>. Die Kulturrevolution habe die Region in ein "Katastrophengebiet" verwandelt. Scharf verurteilte Hu, daß auch nach dem Sturz der Gruppe um Chiang Ch'ing diese verfehlte Politik unter Mißachtung der Beschlüsse des 3. ZK-Plenums fortgesetzt worden war<sup>37</sup>.

Als Ergebnis des Meinungsaustausches wurden die folgenden sechs Maximen verkündet<sup>38</sup>:

1. Tibet soll das Recht auf Autonomie unter der einheitlichen Führung des ZKs der KCT gewährt werden. Alle Richtlinien und Anweisungen, die den Verhältnissen des Landes nicht gerecht werden oder der nationalen Einheit und der wirtschaftlichen Entwicklung abträglich sind, können geändert oder aufgehoben werden.
2. Da sich die Autonome Region gegenwärtig großen Schwierigkeiten gegenüber sieht, muß eine "Politik der Erholung" durchgeführt werden, um die Bürde der Massen zu erleichtern und ihnen eine Atempause zu verschaffen. Die Pflicht, landwirtschaftliche Produkte an den Staat abzuliefern, soll der Bevölkerung daher für einige Jahre erlassen bleiben.
3. In allen Bereichen von Land- und Forstwirtschaft, Handel, Industrie, Finanzen und Verkehr muß eine auf Tibet zugeschnittene, flexible Politik verfolgt werden.
4. Alle vom Staat bewilligten Geldmittel müssen für die Förderung der Landwirtschaft und die dringend notwendige Hebung des Lebensstandards verwandt werden.
5. Unter der Voraussetzung, daß man an der sozialistischen Orientierung festhält, müssen Kultur, Erziehung und Wissenschaft wiederbelebt und kraftvoll entwickelt werden.
6. Die Politik der Partei muß in bezug auf die Kader der nationalen Minderheiten korrekt durchgeführt werden. Es gelte, die Einheit zwischen tibetischen und chinesischen Kadern zu festigen. Wenn es möglich ist, sollen bis Ende 1980 ca. 10 000 Han-Funktionäre und 1981/1982 noch einmal so viele abgezogen werden, so daß in zwei bis drei Jahren Tibetaner über zwei Drittel der von der Produktion freigestellten Staatskader ausmachen<sup>39</sup>.

Der unter 4 genannte Handlungsgrundsatz verdient die besondere Aufmerksamkeit des Betrachters, offenbart er doch, daß die vom Staat bisher aufgewandten Finanzmittel zu einem Teil entweder zweckentfremdet oder zumindest nicht zum Nutzen der Bevölkerung verwandt worden waren. Sehr wahrscheinlich lagen der Forderung über die Verwendung der Investitionsmittel konkrete

Beschwerden tibetischer Partei- und Verwaltungskader zugrunde, denn derartige Vorwürfe waren in den ZK-Dokumenten explizite noch nicht enthalten.

Ein Vergleich der Maximen mit den ZK-Beschlüssen ergibt, daß die Pekinger Zentrale ihre Ansichten mit einer Ausnahme voll durchsetzen konnte. Lediglich die Entsendung qualifizierter Han-Kader nach Tibet scheint fallengelassen worden zu sein, jedenfalls wird dieser Punkt nicht mehr erwähnt. Es ist gut vorstellbar, daß die Abordnung in dieser Frage Rücksicht auf tibetische Empfindlichkeiten nahm. Der "Meinungsaustausch", von dem CHANG und die BEIJING RUNDSCHAU sprechen<sup>40</sup>, dürfte also alles in allem sehr einseitig gewesen sein.

Die Gründe für den Erfolg Hu Yao-pangs sind allem Anschein nach in zwei Dingen zu suchen. Zum einen dürften es die Mitglieder von Partei und Verwaltung sicher mit den stärkeren Bataillonen gehalten haben, als ihnen die Ergebnisse des 5. ZK-Plenums und der 14. Sitzung des V. Nationalen Volkskongresses bekannt geworden waren. Sie hatten die Zeichen der Zeit erkannt: Der Wind blies der kulturrevolutionären Linken ins Gesicht. Zum anderen hat die sehr kurze Zeitspanne zwischen der Beschlußfassung des ZKs und der Zuleitung der Dokumente einerseits sowie dem Eintreffen der Untersuchungskommission andererseits den in die Schußlinie geratenen Kadern aus Partei und Administration kaum die Möglichkeit gelassen, eine wirksame Opposition aufzubauen.

Bevor wir uns dem weiteren Gang der Ereignisse zuwenden, sollten wir unser Augenmerk auf die Zusammensetzung der Delegation und die Person des neuen 1. Sekretärs des tibetischen Parteikomitees richten. Von den fünf bekannten Mitgliedern der Kommission gehörten eines dem Politbüro (Hu Yao-pang), drei dem Zentralkomitee (Hu Yao-pang, Wan li und Chao-ch'ing), eines dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (Ngapho Ngawang Jigmed<sup>41</sup>) und eines dem Präsidium des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und dem Staatsrat (Yang Ching-ten)<sup>42</sup>. Nichts konnte die Entschlossenheit der Pekinger Führung, ihren Reformkurs durchzusetzen, besser unterstreichen. Zwei Mitglieder waren Experten für Organisationsfragen (Hu und Chao), einer Fachmann für Probleme der Industrie, des Städtebaus und des Transportwesens (Wan) und zwei besonders gut mit den tibetischen Angelegenheiten und der Nationalitätenfrage vertraut (Ngapho und Yang)<sup>43</sup>. Die Sachkunde der Kommission stand und steht daher außer Zweifel.

Während die Arbeit der Delegation im Sinne der selbst gesteckten Zielsetzung als sehr erfolgreich angesehen werden darf, kann man ihre personellen Entscheidungen als nicht sehr glücklich bezeichnen. Die Person Yin Fa-t'angs, des neuen 1. Sekretärs der Region, ist wenig dazu angetan, bei den Tibetern neue Sympathien für die chinesischen Herren zu erwecken. Yin, 58 Jahre alt,

aus der Provinz Schantung (Shantung, Shandong) stammend und Politikkommissar von Beruf, spricht zwar Tibetisch, hat aber bei der Besetzung des Landes 1950 und der Niederschlagung des Khamba-Aufstands 1959 eine aktive Rolle gespielt. Zudem hatte er die letzten zehn Jahre vor seiner Ernennung außerhalb Tibets<sup>44</sup> zugebracht<sup>45</sup>. Diese Lösung der Personalfrage war umso dauerlicher, als der schon Monate früher ernannte Vorsitzende der tibetischen Volksregierung, T'ien Pao (Tien Bao) alias Sang-chi yueh-hsi, zwar Tibeter von Nationalität, aber nicht in Tibet, sondern in Tang-pa im Norden Ssuch'uans geboren ist. Er war später auch Vizegouverneur dieser Provinz und darf ohne Übertreibung als Kollaborateur bezeichnet werden<sup>46</sup>. Selbst Männer wie Ngapo Ngawang Jigme<sup>47</sup> wären da noch eher nach dem Geschmack der einheimischen Bevölkerung gewesen, aber Pekings personelle Decke scheint knapp zu sein. Einen Tibeter zu finden, der Peking gegenüber absolut loyal ist und zugleich von seinen Landsleuten voll als einer der ihren akzeptiert wird, kommt offenkundig der Quadratur des Kreises gleich.

Aus der Tatsache, daß Yin nur als "amtierender 1. Sekretär" bezeichnet wird, haben Beobachter den Schluß gezogen, daß er sein Amt nur bis zur Übernahme durch einen Tibeter ausüben soll. Diese Interpretation ist abwegig, denn es ist niemand unter den Einheimischen zu sehen, der diesen Posten in absehbarer Zeit einnehmen könnte. Der Grund dürfte vielmehr darin zu suchen sein, daß bisher nur eine Ernennung durch das ZK, nicht aber die erforderliche ordnungsgemäße "Wahl" stattgefunden hat.

Wenden wir uns nun dem weiteren Gang der Ereignisse zu. Während die Untersuchungskommission noch ihre Konferenzserie abhielt, wurden die Kontakte zum Dalai Lama im indischen Exil intensiviert<sup>48</sup> und ein Symposium über Tibet in Peking abgehalten<sup>49</sup>. Der neue Parteichef der Region beeilte sich, die getreuliche Ausführung der ZK-Beschlüsse und die Anpassung aller Planungen an die Gegebenheiten der Region zu geloben<sup>50</sup>. Anfang Juni wurden neue Bestimmungen über Handwerk und Wanderhandel erlassen, und seit dem 1. August erhielten Handwerker in Lhasa wieder Lizenzen, um die Versorgung des Landes mit "nationalen" Gütern zu sichern<sup>51</sup>. Am 20. Juni traten neue Richtlinien über den Grenzverkehr in Kraft<sup>52</sup>. Alle früheren Bestimmungen wurden aufgehoben und der ungehinderte Handel und Personenverkehr zwischen Tibet und allen Nachbarländern (auch Indien!) in beiden Richtungen gestattet. Gleichzeitig kündigte man eine zwei Jahre währende Steuerfreiheit für den Bereich der Landwirtschaft, die Neu festsetzung der Produktionsleistung durch die Familien- und Dorfkollektive und die Vergrößerung der privaten Anbaufläche<sup>53</sup> an. Die Bauern sollen künftig selbst entscheiden können, welche Produkte sie anbauen und ob und in welchem Umfang sie Viehzucht betreiben wollen. Auch sollen sie zur Ablieferung ihrer Überschüsse an den Staat nicht mehr gezwungen, sondern nur noch ermuntert werden<sup>54</sup>.

Erste Erfolge haben sich bereits eingestellt. Die Versorgung mit Fleisch ist besser geworden, und für Yak-Butter ist der Preis um 50 % zurückgegangen<sup>55</sup>. Ob allerdings das Ziel, in zwei bis drei Jahren die Armut zu überwinden, in fünf bis sechs Jahren den bisher höchsten Lebensstandard zu erreichen und in zehn Jahren eine positive Entwicklung der gesamten tibetischen Wirtschaft zu erreichen und "das Lebensniveau der Massen in großem Ausmaß zu heben", innerhalb des gesteckten zeitlichen Rahmens erreicht werden kann, erscheint zweifelhaft<sup>56</sup>.

Mit der Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse auf die unteren Produktionseinheiten und der Betonung der Privatinitiative zog man die Konsequenzen aus der Tatsache, daß gerade höhere Stellen für zahlreiche Fehlplanungen der Vergangenheit verantwortlich waren<sup>57</sup>. So hatten sich die Verminderung der Fleisch- und Milchproduktion, die Verfügung, Winterweizen statt Gerste anzubauen<sup>58</sup>, und das Verbot des "kapitalistischen" Kleinhandwerks geradezu katastrophal ausgewirkt und eine schwere Versorgungskrise hervorgerufen. Zu ihrer raschen Behebung ist allem Anschein nach auch die Erleichterung des Außenhandels verfügt worden.

Der neue Zug zum Realismus kommt auch darin zum Ausdruck, daß das Jahrhundertprojekt einer Eisenbahnlinie von Ko-erh-mu (Golmo) in Ch'inghai nach Lhasa, die zur Hälfte fertiggestellt ist, wegen technischer Schwierigkeiten eingestellt wird<sup>59</sup>. Zwei unrentable Kohlegruben und eine Glasfabrik, die am Markt vorbeiproduzierte, wurden bereits geschlossen<sup>60</sup>.

Auch die "Tibetisierung" des Landes macht Fortschritte. Hierunter ist nicht nur die Ankündigung des Abzugs Zehntausender von Han-Kadern<sup>61</sup>, sondern auch und gerade die Wiederbelebung der alten Kultur zu verstehen. Der Potala, zentrales Heiligtum des tibetanischen Lamaismus und traditioneller Sitz des Dalai Lama zugleich, ist bereits seit Januar, also schon vor dem "neuen Kurs", einmal wöchentlich für Besucher geöffnet, und die Einheimischen machen zu Tausenden davon Gebrauch<sup>62</sup>. Einige der zahlreichen Klöster und Tempel, die 1959 von der VBA und im Verlauf der Kulturrevolution von den Rotgardisten zerstört worden waren, werden nun von der Bevölkerung mit beträchtlicher finanzieller Unterstützung des Staates wieder aufgebaut, den wenigen überlebenden Lamas werden jetzt Gehälter gezahlt<sup>63</sup> und seit August ist die volle Freiheit der Religionsausübung wieder gewährleistet. "Die Religion ist eine Theorie, sie kann nicht gewaltsam verboten werden", wie Losang Chicheng, der Vize-Gouverneur der Autonomen Region, erklärte. Gleichzeitig durften eine Reihe von Klöstern, unter ihnen Deprung, einst das größte der Welt mit 10 000 Mönchen, ihre Arbeit wieder aufnehmen<sup>64</sup>. In Deprung gehen junge Männer wie einst den Lamas als Schüler zur Hand, die Regierungspropaganda behauptet sogar, daß jeder die Freiheit habe, ein Mönch zu werden. Eine Entscheidung in dieser Sache ist aber offenbar noch nicht gefallen, und die Vorschrift, der zufolge niemand ohne Zustimmung seiner Produktionseinheit

seinen Arbeitsplatz verlassen darf, hat weiterhin Gültigkeit. Aufbauarbeit und Schülerdienst müssen daher in der Freizeit geleistet werden.

Die Wirkung der neuen Zugeständnisse ist augenfällig. Zu Tausenden ziehen Pilger aus allen Teilen des Landes und aus den Nachbarprovinzen nach Lhasa und zum Jokhang, dem heiligsten Tempel, Prozessionen werden wieder abgehalten, alte Riten, wie z. B. die Begräbniszeremonie der sog. "Himmelsbestattung", beachtet, und Horoskope werden wieder erstellt, der Verkauf von Yak-Batter für die Gebetslampen, bis dato als Verschwendung gebrandmarkt und strengstens verboten, ist zum alltäglichen Vorgang geworden, und Regierungsangestellte dürfen mit offizieller Duldung in den Tempeln beten<sup>65</sup>.

Schlagartig zeigte sich, daß die Sinisierung nur sehr oberflächlich gewesen war; die alte Kultur und Tradition hatte sich - sicher zur Überraschung mancher Funktionäre - als tief verwurzelt, als "unausrottbarer Aberglaube" (oder nach der neuen Diktion: "nicht unterdrückbare Theorie") erwiesen. So gesehen, darf der Reformkurs als Anerkennung der Realitäten bezeichnet werden.

### C) DIE TIBET-FRAGE UND DAS AUSLAND

Die Politik der Parteiführung bezüglich Tibets kann aber nicht nur auf ihren innenpolitischen Aspekt reduziert werden. Dies hieße, nur einen Teil des ganzen zu erfassen. Die Frage nach den Motiven und Zielen der Gruppe um Teng Hsiao-p'ing und Hu Yao-pang ließe sich so nur sehr unvollständig beantworten. Es bleibt daher zu untersuchen, ob, und wenn ja, welche außenpolitischen Überlegungen für die Beschlüsse des ZKs im April mit eine Rolle gespielt haben.

#### 1. Der Dalai Lama

Nachdem der Versuch, den Panchen Lama wieder aus der Versenkung zu holen und die Situation in der Autonomen Region mit minimalen Konzessionen an die Wünsche der einheimischen Bevölkerung zu verbessern, gescheitert war, rang man sich dazu durch, den Dalai Lama, der 1959 nach Indien geflohen war und seitdem in Dharamsala (Dharamsala) im Exil lebte, in die eigenen Überlegungen einzubeziehen<sup>66</sup>. Dieser hatte im November 1978 vornehmlich die Benachteiligung der Einheimischen als Grund für deren Einstellung zu den Chinesen genannt und die kulturrevolutionären Wirren für manche Fehlinformationen der Pekinger Führer verantwortlich gemacht<sup>67</sup>. Einem englischen Journalisten gegenüber erklärte er, daß er nicht an seinem Amt hänge und es möglicherweise aufgabe, wenn Tibet seine Unabhängigkeit zurückgewonnen hätte.

Anlässlich des Besuchs von Premierminister Kossygin in Neu Delhi Anfang April 1979 lobte er die Sowjetunion und hob den Nutzen ihrer Unterstützung der nationalen Sache Tibets hervor<sup>68</sup>. Diese Erklärung und das Eingehen auf ein russisches Rapprochement<sup>69</sup> war vermutlich nur dazu bestimmt, Druck auf die Chinesen auszuüben, denn zur gleichen Zeit hatten diese in Geheimverhandlungen dem Besuch einer fünfzehnköpfigen exiltibetischen Delegation unter der Führung von Lobsen Samten, einem Bruder des Gottkönigs, zugestimmt. Nach ihrer Rückkehr sollten die Emissäre über die Lebensbedingungen der Einheimischen berichten<sup>70</sup>. Seine Erklärung im Mai, er würde alle Forderung nach einem freien Tibet aufgeben und in seine Heimat zurückkehren, wenn er die Überzeugung hätte, daß seine Landsleute unter der kommunistischen Herrschaft ein glückliches Leben führten<sup>71</sup>, war wohl von denselben taktischen Erwägungen geleitet und sicher dazu angetan, Peking die "tibetische Reisediplomatie" schmackhaft zu machen. Denkbar ist allerdings auch, daß der Dalai Lama sich mit dem Spielen der "russischen Karte" alle Optionen offenhalten wollte.

Im Juli 1979 war aus chinesischen Kreisen in Lhasa zu hören, daß das heimliche Oberhaupt der Tibeter stets willkommen wäre, da er die Erhebung von 1950 nicht gewollt hätte, und daß seine Eigenschaft als religiöser Führer nicht zu bestreiten wäre<sup>72</sup>. Unter den obwaltenden Umständen lehnte der Gottkönig die Rückkehr jedoch ab<sup>73</sup>. Der Sonderkorrespondent von LE MONDE, Alain Jacob, stellte interessanterweise bereits damals Überlegungen zu einem möglichen Zusammenhang zwischen dem Besuch einer Pekinger Arbeitsgruppe im Lande, einer eventuellen Ablösung Jên Jungs, des Relikts aus der Kulturrevolution, und den Diskussionen um eine Rückkehr des Dalai Lamas an<sup>74</sup>. Seine Spekulationen waren, wie man sieht, etwas verfrüht. Die Position des 1. Sekretärs war noch nicht zu erschüttern, eine tiefgreifende Veränderung der Verhältnisse im Lande nicht durchzusetzen.

Die geheimen Kontakte beider Seiten rissen aber offenbar nicht ab, und nach den ZK-Beschlüssen vom April 1980 schien sich eine Wende anzubahnen. Der Dalai Lama hatte von der neuen Lage bereits vor dem Eintreffen der Untersuchungskommission in Tibet erfahren und erneut eine Delegation, diesmal aus fünf Personen unter der Führung Tenzin Namgyals bestehend, für drei Monate in die alte Heimat geschickt<sup>75</sup>. Auch deutete er gesprächsweise an, auf die Forderung nach einem Abzug der chinesischen Truppen als Vorbedingung für seine Rückkehr eventuell zu verzichten.

Im Juli 1980 weilte eine dritte Abordnung, der u. a. Pema Gylapo, die Schwester des Dalai Lama, angehörte, in China<sup>76</sup>. Zur selben Zeit hielt sich die andere Besuchergruppe noch in Tibet auf. Sie konnte sich allenthalben von der ungebrochenen Popularität des alten Herrschers überzeugen und wurde überall von einer großen Menschenmenge enthusiastisch gefeiert<sup>77</sup>. So hatten beispielsweise 73 LKW-Fahrer die Fahrzeuge ihrer Arbeitseinheiten zweck-

entfremdet und etwa 3 000 Menschen zu einem Tempel gefahren, der in der Kulturrevolution zerstört worden war und nun von der Delegation besichtigt wurde. Von der Vehemenz der Reaktion der Einheimischen überrascht, reagierten die Behörden in altbekannter Weise: Den Fahrern wurde der Führerschein entzogen, das Besuchsprogramm wurde gekürzt und schließlich vorzeitig abgebrochen. Die Dinge hatten sich ohnehin nicht so entwickelt, wie es sich Peking erhofft hatte. Vor einer großen Menschenmenge hatten die Emisäre in Lhasa die Lebensumstände der Tibeter beklagt und den Dalai Lama hochleben lassen<sup>78</sup>. Die Worte: "Mögen seine Hoffnungen und Ziele Wirklichkeit werden", klangen für die Einheimischen wie ein politisches Manifest. Losang Chicheng (Losang Tsetin), Vize-Gouverneur der Autonomen Region, sprach freilich von "Sabotage an den Beziehungen zwischen den Tibetanern und den Han"<sup>79</sup>. Sein Vorwurf, die Delegation hätte sich nur zu einer touristischen Visite und zum Besuch von Verwandten und Freunden im Lande befunden und daher sozusagen die Gastfreundschaft mißbraucht, war allerdings nicht sehr geschickt, denn jedermann kannte den wahren Zweck der Mission.

Ungeachtet des Ekklats bemühte sich die chinesische Seite weiter um eine Annäherung. Yin Fa-t'ang beeilte sich, vor Pressevertretern am 30. Juli zu erklären, daß der Vorfall keine negativen Folgen haben werde. Dem Dalai Lama wurden für den Fall seiner Rückkehr der Status eines religiösen Führers, bessere Behandlung als der Durchschnittsbürger und politische Befugnisse zugesichert<sup>80</sup>. Letzteres sollte, wie ergänzend aus hohen Funktionärskreisen verlautete, zumindest eine nominelle Rolle umfassen, solange er sich nicht der offiziellen Parteipolitik entgegenstemme<sup>81</sup>. In chinesischen Augen mag dies als weitgehendes Zugeständnis erscheinen, aber der Wink mit Luxus und einer rein repräsentativen Funktion konnte nach Lage der Dinge und bei Berücksichtigung seiner persönlichen Einstellung zu diesen Dingen nicht ziehen. Was half es da, daß man die Visite der dritten Delegation, die zwischenzeitlich von Peking nach Shigatse, der zweitwichtigsten Stadt der Autonomen Region, gereist war, publizistisch in den Vordergrund rückte<sup>82</sup>, um den schlechten Eindruck des Ekklats anlässlich des Besuchs der zweiten Abordnung zu verwischen? Dies muß wohl auch die Politische Führung in Lhasa erkannt haben, denn am 23. September erklärte Losang Chicheng, dem Gottkönig würde im Falle einer Rückkehr ein Status zugestanden werden, der "seinen Wünschen und den Erfordernissen des Volkes" entspräche<sup>83</sup>. Wenngleich diese Zusage recht vage war, darf sie doch als bisher weitgehendstes Zugeständnis gewertet werden und könnte eine gute Grundlage für künftige Verhandlungen bilden.

Die Reaktion des Dalai Lama war ambivalent und janusköpfig. Einerseits sandte er seinen zweitältesten Bruder Gyalo Thondup nach China, andererseits sagte er die geplante Reise zweier weiterer Missionen nach Tibet ab und lehnte die Rückkehr angesichts der auf dem "Dach der Welt" herrschenden Verhältnisse ab. Gleichzeitig wandte er sich in einem Schreiben mit der

Bitte an die UNO, eine Kommission in seine alte Heimat zu entsenden, um die "Unterdrückung der Tibeter" zu untersuchen. Er erhob erneut die Forderung nach einem vollständigen Abzug der Chinesen, was eine Rücknahme früherer - zugegebenermaßen vager - Erklärungen darstellte. Es rundet das Bild ab, wenn man bedenkt, daß die zweite Delegation anders als die erste nach ihrer Rückkehr eine öffentliche Erklärung über die Mißstände in Tibet abgab und aus der Umgebung des Dalai Lama verlautbarte, daß der von den Chinesen verfügte Abbruch der Reise dem Prozeß der Aussöhnung schade<sup>84</sup>.

Die Gründe für die Handlungsweise des Gottkönigs sind nicht mit letzter Sicherheit zu bestimmen. Wahrscheinlich hat die indische Regierung, auf deren Wohlwollen die Exil-Tibeter angewiesen sind, Druck auf den Dalai Lama ausgeübt, damit er dem Werben der Chinesen nicht zu sehr entgegenkäme<sup>85</sup>. Die Beziehungen Delhis zu Peking sind in Anbetracht von Indira Gandhis Annäherung an die Sowjetunion in jüngster Zeit wieder recht gespannt, und weder Indien noch die UdSSR haben daher an einem Erfolg Chinas an der "Himalaya-Front" ein Interesse. Diese Interpretation der verhärteten Haltung des Gottkönigs wird dadurch gestützt, daß der chinesische Außenminister Huang Hua im August einen fest vereinbarten Besuch in Indien absagte<sup>86</sup>.

Denkbar ist aber auch, daß der Dalai Lama seine recht starke Verhandlungsposition erkannt hatte und durch sein Zurückweichen größere Zugeständnisse von der Pekinger Führung erreichen wollte. Die offenkundig gewordene Einstellung der Bevölkerung und die unvermindert anhaltenden Annäherungsversuche der Chinesen mögen ihn zu dieser Handlungsweise ermuntert haben. Schließt man sich dieser Deutung an, so erscheint auch das oben erwähnte Verhalten der Emissäre in Lhasa am 29. Juli in einem anderen Licht. Es handelte sich dann nicht um eine spontane Eingebung oder, wie die chinesischen Behörden - zumindest in der Öffentlichkeit - behaupteten, um eine Eigenmächtigkeit der Abordnung, sondern um eine geplante, bewußt kalkulierte "Provokation" in des Wortes eigentlicher Bedeutung. Eine Rede, wie sie Phuntsog Womgyal gehalten hatte, war so recht nach dem Geschmack der Tibeter (über die Stimmung im Lande war man durch die erste Delegation sicher vorher gut unterrichtet gewesen) und mußte sich im Lande wie ein Lauffeuer verbreiten, die Einheimischen ermutigen und den Druck auf die Chinesen verstärken. Es fällt Kennern der Materie ohnehin schwer, daran zu glauben, daß ausgerechnet lamaistische Mönche, die mit einer derart heiklen Mission betraut worden sind, sich von der Stimmung des Augenblicks hätten hinreißen lassen oder ungehorsam gegen ihr Oberhaupt gewesen wären<sup>87</sup>.

Fest steht jedenfalls, daß der Dalai Lama einen Bruch nicht im Sinn hatte, denn in einem am 23. September veröffentlichten Interview kündigte er die Möglichkeit an, China 1981 zu besuchen, und sprach davon, daß jetzt die Voraussetzungen für Verhandlungen mit den chinesischen Politikern über seine Rückkehr gegeben wären<sup>88</sup>. Es war zweifellos kein Zufall, daß am selben Tag,

wie schon erwähnt, aus Lhasa die bisher weitgehendsten Zugeständnisse signalisiert wurden. Nach der Rückkehr der dritten Delegation Anfang Oktober sagte der Dalai Lama die ins Auge gefaßte Reise jedoch ab<sup>89</sup>. Allem Anschein nach hatte ihn der außerordentlich negative Bericht seiner Schwester umgestimmt. Immerhin lobte er kurz darauf die chinesische Führung ob ihrer Einsicht in die Fehler der Vergangenheit, beklagte aber zugleich die Lebensumstände seines Volkes<sup>90</sup>. Bei seinem dreiwöchigen Aufenthalt in Japan gab er die bemerkenswerte Erklärung ab, daß es notwendig sei, die Koexistenz von Buddhismus und Marxismus ideologisch zu begründen. Anknüpfungspunkte dafür gäbe es sowohl in der Lehre des Lamaismus<sup>91</sup> als auch in der Geschichte Tibets<sup>92</sup>. Man mag bezweifeln, ob dies auch seine innere, tiefste Überzeugung ist (auch wenn man in Rechnung stellt, daß der Dalai Lama als recht "progressiv" gelten darf), auf jeden Fall demonstrierte das heimliche Oberhaupt der Tibeter seine Bereitschaft zu einem Arrangement.

Es bleibt also alles im Fluß, der Dialog beider Seiten wird weitergehen. Der Gottkönig wird nichts überstürzen. "Ich habe schon 20 Jahre gewartet, ich kann weiter warten", "Wer warten kann, wird siegen", und "Wer einmal von einer Schlange gebissen worden ist, geht in Zukunft selbst an ein Seil mit Vorsicht heran" sind Aussprüche von ihm<sup>93</sup>, die seine vorsichtig-abwartende Haltung charakterisieren. Und gewiß wird er sich der alten Erkenntnis der Briten erinnern: "Der Kampf um Tibet gleich einem Schachspiel, wer den König besitzt, hat gewonnen". Bisher hat sich diese Weisheit als zutreffend erwiesen<sup>94</sup>, und so gesehen kann er beruhigt in die Zukunft blicken.

## 2. Sicherheitspolitische Erwägungen

Wenn die Pekinger Führung sich so intensiv um die Rückkehr des Dalai Lama bemüht, so hat das nicht nur innenpolitische Gründe. Sicher geht es den Verfechtern des Reformkurses darum, mit dem Oberhaupt der Exiltibeter auch die Flüchtlinge, unter denen sich viele mit gründlicher Fachausbildung und abgeschlossenem Hochschulstudium befinden, wieder ins Land zu holen. Nur mit ihrer Hilfe wird sich der Abzug der Han-Kader im geplanten Umfang verwirklichen lassen, ohne ein administratives und ökonomisches Chaos heraufzubeschwören. Aber schon der Gedanke, daß man mit Hilfe des Gottkönigs auch die einheimische Bevölkerung ruhig halten und mit den neuen Herrn aus-söhnen möchte, weist darauf hin, daß bei den Diskussionen im ZK im April auch militärisch-politische Überlegungen eine Rolle gespielt haben dürften.

Gehen wir zunächst der Frage nach, wie die Sicherheitslage in der Autonomen Region aus der Sicht Pekings zu beurteilen ist. Zwar ist es seit etwa 10 Jahren nicht mehr zu spektakulären bewaffneten Widerstandsaktionen gekommen<sup>95</sup>, aber es steht zweifelsfrei fest, daß eine recht gut organisierte Untergrund-

organisation existiert<sup>96</sup>. So wurden beispielsweise an Touristen aus westlichen Ländern häufig Handzettel verteilt, in denen die Besetzung des Landes beklagt und die UNO um Hilfe angerufen wird. Auch tauchte 1979 wieder eine Wandzeitung mit der Forderung nach Unabhängigkeit des Landes auf. Die Tatsache, daß gerade die jüngste Vergangenheit die ungebrochene Kraft des Lamaismus erwiesen hat, zeigt das enorme (in chinesischen Augen: konter-) revolutionäre Potential, das im Lande vorhanden ist. Der Umfang hat offenbar selbst die Chinesen überrascht, nicht aber das Faktum an sich. (Der hohe Anteil der Sicherheitstruppen an den in Tibet stationierten Verbänden der VBA<sup>97</sup> macht dies deutlich.) Besonders beunruhigend muß für Peking gewesen sein, daß selbst im kommunistischen Geist erzogene Schüler und Regierungsangestellte wieder in den Tempeln beten<sup>98</sup>.

Aber es ist nicht nur die Situation in der Autonomen Region, die aus chinesischer Sicht besorgniserregend ist. Die Exil-Tibeter könnten sich sehr rasch zu einem weiteren Problem auswachsen. Ein Teil von ihnen ist zur Überzeugung gekommen, daß der Kampf für ein unabhängiges Tibet eine verlorene Sache ist, aber eine beträchtliche Anzahl von Flüchtlingen ist vom Gegenteil überzeugt, und besonders Jugendliche drängen zu bewaffneten Aktionen<sup>99</sup>. Zwar mußten die Khampas in Nepal ihre Waffen abliefern, aber in Indien leben mehr Tibeter<sup>100</sup> und die Beschaffung von Handfeuerwaffen und Sprengstoff dürfte kaum Schwierigkeiten bereiten. Was sollte den KGB daran hindern, in den achtziger Jahren die Rolle zu spielen, welche die CIA Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre gespielt hatte<sup>101</sup>? In Anbetracht des indisch-russischen Bündnisses und der seit Indira Gandhis Regierungsantritt noch enger gewordenen bilateralen Beziehungen ist mit einer Duldung solcher Unterstützungsaktionen zu rechnen. Nimmt man noch das unwegsame, schwierige Gelände und die Weiträumigkeit des dünn besiedelten tibetanischen Hochlandes mit seinen Randgebirgen hinzu, so sind die Voraussetzungen für einen klassischen Guerillakrieg durchaus gegeben.

Daß die Sowjetunion daran interessiert sein könnte, diese Situation auszunutzen, ist kein an den Haaren herbeigezogener Gedanke. Bereits 1979 lud die Regierung der UdSSR den Dalai Lama zu einem Besuch des Landes ein, was dieser annahm und mit der Teilnahme an der Friedenskonferenz der Buddhisten Asiens in Ulan Bator und einer Visite von Lama-Klöstern in der Mongolei, einem mit der SU aufs engste verbundenen Staat, verknüpfte<sup>102</sup>. Als L. S. Scherbakov, ein hoher Beamter des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten, 1979 in Indien weilte<sup>103</sup>, erklärte er, daß das Ziel der Tibeter, unter Führung des Dalai Lama nach Gerechtigkeit zu streben, im Einklang mit den seit langem existierenden Beziehungen zwischen dem russischen und dem tibetischen Volk stünde<sup>104</sup>. Unmittelbar nach den chinesischen Annäherungsversuchen im Mai dieses Jahres erklärte derselbe Beamte in Neu Delhi, man würde den Kampf des Gottkönigs für Gerechtigkeit und Unabhängigkeit unterstützen<sup>105</sup>. Pekings

offene Unterstützung der afghanischen Rebellen dürfte die Versuchung, mit ähnlichen Mitteln zurückzuschlagen und China an seiner Südfront ebensolche Schwierigkeiten zu bereiten, wie man sie seit dem Dezember 1979 selbst erfährt, für die UdSSR noch größer werden lassen. Die Volksrepublik selbst scheint solche Befürchtungen zu hegen, denn die jüngste Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft in Tibet<sup>106</sup> ist nach Berichten aus diplomatischen Kreisen u. a. auf die sowjetische Intervention in Afghanistan zurückzuführen, wobei allerdings unklar bleibt, ob es sich dabei um Spekulationen der Diplomaten handelt, oder ob diese Erkenntnisse letztlich auf chinesische Quellen zurückgehen<sup>107</sup>.

Doch nicht nur die UdSSR bereitet der VR China vom militärischen Standpunkt aus Sorgen. Man muß sich ins Gedächtnis rufen, daß die tibetische Frage in der Vergangenheit Konfliktstoff für die indisch-chinesischen Auseinandersetzungen geliefert hat und daß die Grenzfrage noch nicht endgültig geregelt ist<sup>108</sup>. Die indische Armee ist nicht mehr mit der von 1962 zu vergleichen. Sie hat ihre große Schlagkraft erst im letzten Krieg mit Pakistan 1971 unter Beweis gestellt, während die VBA 1979 bei der "Strafaktion" gegen Vietnam gewisse Schwächen offenbarte<sup>109</sup>. Die Notwendigkeit zur Modernisierung der Streitkräfte wird von der chinesischen Führung offen zugegeben, wohingegen die indische Armee vergleichsweise gut ausgerüstet ist<sup>110</sup>. Auch von der Personalstärke her stellt sie einen beachtlichen Faktor dar.

Wenngleich Indien im Konfliktfall nicht seine ganze 1 096 000 Mann starke Armee gegen China einsetzen könnte<sup>111</sup>, so wäre es aufgrund der besseren Ausrüstung und mit Hilfe einer "Fünften Kolonne" in Tibet durchaus möglich, eine Überlegenheit zu erlangen. Wegen der angespannten Lage an der Grenze zu Vietnam und zur SU sowie an der Straße von Formosa können die chinesischen Truppen in Tibet nicht beliebig verstärkt werden. Die durch die Höhenlage bedingten Anpassungsschwierigkeiten würden ihre Einsatzfähigkeit ohnehin begrenzen, und gerade die klimatischen Verhältnisse, welche die Einheimischen besser zu ertragen vermögen, würden die tibetischen Insurgenten zu einem wertvollen Verbündeten für die indische Armee machen.

Die große militärische Bedeutung, welche die Pekinger Führung der Autonomen Region zumißt, geht aus verschiedenen Tatsachen hervor. In dem Begleitschreiben, das zur Erläuterung mit dem zusammenfassenden Bericht von den ZK-Sitzungen über Tibet zirkulierte, wird dies an zwei Stellen deutlich. Zum einen werden die "große(n) Leistungen" der Tibeter "bei der Verteidigung des Grenzgebiets" gelobt, und zum anderen wird unter den gegenwärtigen Hauptaufgaben der Region auch die Verstärkung der Landesverteidigung genannt. Die Anhebung der Verteidigungsbereitschaft tritt hier als eines der Reformziele offen zutage. Vollends deutlich werden die Zusammenhänge, wenn man bedenkt, daß Yin Fa-t'ang, der neue 1. Sekretär der KCT in Tibet, selbst ein Militär ist<sup>112</sup> und in diesem Land militärische Erfahrungen gesammelt hat. Mitte des Jahres hat Peking zudem seine Truppen um 30 000 Mann verstärkt, ausländische Beobachter

haben eine zunehmende Präsenz der VBA im Straßenbild von Lhasa und Umgebung festgestellt. Offenbar sind auch neue Artilleriestellungen und Kasernen eingerichtet und Radaranlagen installiert worden<sup>113</sup>. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß Peking in letzter Zeit Sinkiang (Xin'jiang), Tsinghai (Quinghai) und Yünnan ebenfalls in eine vorsichtige, flexible Nationalitätenpolitik einbezieht<sup>114</sup>. In diesen Gebieten leben zahlreiche Minderheiten, ihre dünne Besiedlung und Nähe zur Sowjetunion bzw. Vietnam läßt sie besonders exponiert erscheinen. Tibet muß daher als Teil einer Gesamtstrategie zur Abwehr sowjetischer Einkreisungs- oder Eindämmungsbemühungen<sup>115</sup> gesehen werden.

### 3. Außenpolitische Erwägungen

Die ZK-Beschlüsse vom April des Jahres sind aber nicht nur geeignet, ein militärisches Problem zu lösen, sie haben auch eine außenpolitische Zielsetzung. Im einzelnen sind hier folgende Absichten zu unterscheiden:

1. Die Anfang 1979 eingeleitete diplomatische Offensive in der Frage der Wiedervereinigung der Republik China (T'aiwan)<sup>116</sup> mit der Volksrepublik war mit dem sogenannten "tibetischen Modell" verknüpft worden. Der Hinweis auf die Regelung von 1951, die den Tibetern anfangs noch eine gewisse Autonomie gelassen hatte, war von nationalchinesischer Seite damit konterkariert worden, daß die "friedliche Befreiung Tibets" 1959 zu einer blutigen Unterdrückung geführt hatte<sup>117</sup>. Mit der Revision der bisherigen Tibet-Politik will man dieser Kritik begegnen und der "Friedensoffensive" neuen Auftrieb verschaffen.
2. Auch nach der Abkehr von der Politik der militanten Solidarität mit den afro-asiatischen Völkern<sup>118</sup> nimmt die Dritte Welt einen hohen Stellenwert in der chinesischen Außenpolitik ein. Die diplomatische und handelspolitische Isolierung T'aiwans und der Kampf gegen den "Sowjetimperialismus" der "roten Zaren" ist zwar nicht allein mit, aber auch nicht ohne die Entwicklungsländer möglich. Die Unterdrückung des tibetischen Volkes war in der Vergangenheit bestimmt keine Empfehlung für Peking im Kreis dieser Länder. Mit der Kurskorrektur darf man hoffen, hier seine Position deutlich verbessert zu haben, zumal die chinesische Nationalitätenpolitik - zumindest in ihrer Konzeption - sehr vorteilhaft von der sowjetischen absticht.
3. Auch auf die Beziehungen Chinas zu anderen Ländern und auf Chinas Ansehen in der Weltöffentlichkeit hat sich das Tibet-Problem nachteilig ausgewirkt. Die Ereignisse von 1959 sind nicht vergessen, in Frankreich und Deutschland haben es die Exil-Tibeter beispielsweise verstanden, in namhaften Zeitungen Hinweise auf den Aufstand und die aktuelle Situation in ihrer Heimat unterzubringen<sup>119</sup>. Selbst die Beziehungen zu Frankreich,

dem Land, das 1964 die diplomatische Isolierung der VR China durchbrochen hatte, waren und sind, wie wir noch sehen werden, von diesem Problem überschattet.

Die Tatsache, daß die ZK-Beschlüsse auch eine außenpolitische Dimension haben und auf die günstige Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Ausland abzielte, geht aus verschiedenen Umständen hervor. Erstmals seit sehr langer Zeit durften westliche Journalisten im Juli des Jahres Tibet besuchen<sup>120</sup> und dabei hohe Lama-Priester befragen<sup>121</sup>. Auch Yin Fat-t'ang gewährte Pressevertretern am 30. Juli ein Interview<sup>122</sup>. Zwei Schriftstellern, von denen man eine positive Berichterstattung erwarten durfte, wurde Gelegenheit zu ausgedehnten Reisen gegeben<sup>123</sup>. Auch die Touristik hat einen unverkennbaren Aufschwung genommen<sup>124</sup>, wofür Devisenhunger wegen der immer noch relativ geringen Besucherzahl nicht ausschlaggebend gewesen sein kann. Auch die Veröffentlichungen in der BEIJING RUNDSCHAU<sup>125</sup> dienen zweifelsfrei demselben Zweck. Die Bedeutung dieser Beiträge wird dadurch erhöht, daß es sich in einem Fall nicht nur um die Übernahme "normaler" Artikel aus chinesischen Tageszeitungen handelte, sondern sogar um die auszugsweise Wiedergabe des Beitrags, den ein Gast-Kommentator am 15. Juli in der JEN-MIN JIH-PAO (Renmin Ribao) publiziert hatte<sup>126</sup>. Die Ausführungen haben also offiziellen Charakter.

Einer eingehenden Analyse bedarf noch der Aufenthalt des französischen Staatspräsidenten in Tibet anlässlich seines Staatsbesuchs in China (15.-22. Oktober 1980). Am 19. und 20. Oktober reiste er als erstes westliches Staatsoberhaupt in diese Autonome Region. Er wurde dabei nur von seiner Frau und dem chinesischen Außenminister Huang Hua begleitet; Journalisten waren nicht zugelassen<sup>127</sup>. Auch die Minister und Parlamentarier, die sich beim Staatsbesuch in seiner Begleitung befanden, blieben zurück; der Abstecher wurde ausdrücklich als "visite privée" bezeichnet<sup>128</sup>. Den Wunsch, in Lhasa eine Rede halten zu dürfen, hatten die Chinesen dem Staatspräsidenten zwar abgelehnt, aber nach dem Besuch des Potala brachte er auf einem Festbankett einen Toast auf die "... stärker gewordenen Beziehungen, insbesondere auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet, zwischen Frankreich und der tibetanischen Region Chinas ..." aus<sup>129</sup>.

Wie ist der gesamte Vorgang nun zu interpretieren? Mit der Gestaltung der Reiseroute entsprach die chinesische Regierung einem persönlichen Wunsch Giscard d'Estaings und brachte mit dieser Bevorzugung des Gastes vor früheren westlichen Staatsbesuchern auch den besonderen Charakter der bilateralen Beziehungen zum Ausdruck. Wegen der französischen Vorreiter-Rolle bei der Normalisierung des Verhältnisses des Westens zur Volksrepublik waren sie immer als "privilegiert" bezeichnet worden, und Hua Kuo-feng hatte von einem "bedeutenden Element für den Fortbestand des Weltfriedens" gesprochen, als er im Oktober 1979 in Paris weilte<sup>130</sup>. Zudem wurde zumindest aus

der Sicht Pekings dem Ausland deutlich gemacht, daß Tibet ein integraler Bestandteil Chinas ist.

Die Absichten, die der Präsident mit seinem Besuch verfolgte, waren nur zum Teil deckungsgleich. Zunächst einmal wollte er seine Verbundenheit mit dem tibetischen Volk bekunden, daher der Hinweis auf die stärker gewordenen Beziehungen und der Besuch des Potala, des ehemaligen Regierungssitzes des Dalai Lama. Was allerdings die Formulierung "insbesondere auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet" besagen soll, bleibt unklar, vielleicht ist sie auf die nicht wenigen in Frankreich lebenden exil-tibetanischen Studenten gemünzt. In der französischen und deutschen Presse ist die Ansicht geäußert worden, daß Giscard d'Estaing mit dem Besuch die Besetzung des Landes durch die Chinesen anerkannt hätte<sup>131</sup>, doch handelt es sich hier um eine glatte Fehlinterpretation.

Die Tatsache, daß der Abstecher von französischer Seite als Privatbesuch deklariert wurde und die Minister und Parlamentarier den Präsidenten nicht begleiteten, läßt diese Deutung gerade nicht zu. (Umgekehrt kann man aus dem Faktum, daß der chinesische Außenminister mitreiste, Giscard in Lhasa von T'ian Pao, dem Gouverneur der Autonomen Region, empfangen und ihm zu Ehren ein Festbankett gegeben wurde, die Absicht der Chinesen erkennen, der Visite einen offiziellen Anstrich zu verschaffen und als nachträgliche Legitimierung der Okkupation hinzustellen.) Wohl aber könnten die Worte "région tibétaine de Chine" als Anerkennung der Zugehörigkeit Tibets zur VR China (und damit auch der Besetzung) ausgelegt werden. Allerdings gibt die Verwendung des Wortes "Chine" statt "République Populaire de Chine" ein wenig zu denken, handelt es sich doch hierbei eher um einen geographischen und kulturgeschichtlichen Begriff. Man muß davon ausgehen, daß Trinksprüche bei offiziellen Anlässen sehr gut überlegt sind und es sich im vorliegenden Fall nicht um eine unbeabsichtigte sprachliche Laxheit handelt. Wollte das französische Staatsoberhaupt seine Worte anders, d.h. im Sinne Pekings und eines Teils der westlichen Presse, gedeutet sehen, so hätte er nicht die Form eines Privatbesuchs gewählt.

Als Gemeinsamkeit in den Absichten beider Seiten bleibt daher nur noch die Hervorhebung des besonderen Charakters der bilateralen Beziehungen,

## D) SCHLUSS

Kommen wir nun auf den Ausgangspunkt unserer Untersuchung, nämlich den in der Einleitung aufgestellten Fragenkatalog, zurück.

Mit der Revision der bisherigen Tibet-Politik, die man vereinfacht auf die Schlagworte "Entsinisierung", "Tibetisierung", "Entmaoisierung", "Dezentralisierung" und "Stärkung der Sicherheit" reduzieren könnte, verfolgte das ZK der KCT eine Reihe sehr unterschiedlicher Ziele. Es ging den Reformern zum einen um die Angleichung der Wirtschaftspolitik der Autonomen Region an die bereits im übrigen China geltenden Leitlinien, um die Entmachtung der Anhänger der kulturrevolutionären Linken in einer ihrer letzten Bastionen und um die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Han und Tibetanern. Dies wird aus den wirtschaftlichen, administrativen und kulturpolitischen Bestimmungen der ZK-Beschlüsse sowie aus dem Sturz Jên Jungs deutlich. Damit ist auch klar, wer hinter der Kurskorrektur steht: Es ist der pragmatische Flügel der Partei um Teng Hsiao-p'ing und Hu Yao-pang. Die Reform zielt zum anderen aber auch auf die Rückkehr des Dalai Lama (und mit ihm vieler beruflich qualifizierter Flüchtlinge), die Verbesserung der militärischen Sicherheit und die Eliminierung eines außenpolitischen Störfaktors ab.

Ausschlaggebend für die Einleitung der Mai-Reform waren die (nicht nur aus Pekinger Sicht) unbefriedigenden, wenn nicht gar unhaltbaren Zustände in der Autonomen Region, das offenkundige Scheitern begrenzter Änderungsversuche 1978/1979 und die nach dem 5. ZK-Plenum und der 14. Sitzung des V. Nationalen Volkskongresses günstigere innerparteiliche Situation. Die erfolgreiche Durchsetzung des neuen Kurses liegt in der guten Vorbereitung (Pressekampagne zum Jahreswechsel 1979/1980) und dem planvollen Vorgehen der Fraktion um Teng im April/Mai 1980 begründet. Insofern weist der gesamte Vorgang typische Merkmale wichtiger Kurskorrekturen in der VR China auf.

Über die Erfolgsaussichten läßt sich zur Zeit noch keine verläßliche Prognose erstellen. Bisher ist der Aufschwung im kulturellen Bereich zweifellos am größten, aber auch auf wirtschaftlichem Gebiet sind bereits jetzt gewisse Verbesserungen unverkennbar. Allerdings ist die Pekinger Führung in zweierlei Hinsicht ein Risiko eingegangen. Einmal wird der Abzug der Han-Kader im geplanten Ausmaß nur dann stattfinden können, wenn es gelingt, gut ausgebildete Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen, da Einheimische sich in der kurzen Frist, die sich die Partei selbst gesetzt hat, nicht in ausreichender Zahl heranbilden lassen. Die Heimkehr der im Exil Lebenden hängt aber nicht nur von solchen Dingen wie Religionsfreiheit und Stärkung der Privatinitiative ab, sondern vor allem vom Verhalten des Dalai Lama. Der aber weiß, wie dringend die Chinesen seine Rückkehr wünschen, und ist sich seiner günstigen Verhandlungsposition ohne Frage bewußt. Pekings Konzessionsbereitschaft sind aber systembedingte Grenzen gesetzt, so daß eine Einigung völlig in den Sternen steht.

Zum zweiten ist es nicht sicher, ob die Entmachtung Jên Jungs allein schon ausreicht, um die Durchführung der neuen Tibet-Politik zu garantieren. Der Erfolg der Reformbemühungen wird nicht zum geringsten davon abhängen, daß die mittleren und unteren Kader in Partei und Verwaltung die Richtlinien der Reformen auch befolgen und nicht in der Praxis sabotieren<sup>132</sup>. Eine Säuberung großen Stils wäre aber auch nicht unproblematisch gewesen, denn sie hätte gefährliche Unruhe mit sich gebracht.

Zum dritten ist natürlich die Öffnung der Grenzen Peking nicht leicht gefallen, birgt sie doch die Gefahr in sich, daß in unkontrollierter Weise Kontakte entstehen, welche die Sicherheit bedrohen. Rückgängig kann die Maßnahme aber nicht gemacht werden, ohne ernsthafte Nachteile für die wirtschaftliche Entwicklung der Autonomen Region in Kauf zu nehmen.

In zentralen Punkten ist die Politik der Partei, der man eine gewisse Risikobereitschaft nicht absprechen kann, nicht gesichert, wenngleich Anfangserfolge nicht zu bestreiten sind. Fraglich bleibt jedoch zumindest, ob der selbst gesteckte zeitliche Rahmen realistisch ist. Vom Ausgang des Experiments hängt viel ab, denn Tibet soll als Modell für die Entwicklung anderer Autonomer Gebiete dienen. Das würde dann in der Tat eine tiefgreifende Umgestaltung weiter Teile Chinas bedeuten: die Zukunft wird zeigen, ob das 1980er April-Programm mit all seinen innen- und außenpolitischen Konsequenzen realisierbar ist.

#### Anmerkungen:

- 1) vgl. HILGEMANN/KETTERMANN/HERGT: dtv - Perthes Weltatlas, Band 4, München-Darmstadt 31980, S. 27, 36 f.; MAYER, Eduard: Tibet heute, in: China Report Nr. 51/52 - 1980, S. 20. Die Angaben schwanken. Bei der Berechnung sind in jedem Fall die 300 000 im Lande stationierten chin. Soldaten unberücksichtigt; außerhalb Tibets leben noch 100 000-120 000 Flüchtlinge in Bhutan und Indien und etwa 1 Million in den Provinzen Tsinghai (Ch'inghai, Qinghai), Szetschuan (Ssueh'uan, Sichuan), Kansu (Gansu) und Yünnan (Yunnan) (s. GROSSMANN/PAUELS: China (Informationen zur politischen Bildung 99), Teil 1, Bonn 1962, S. VIII; BEIJING RUNDSCHAU Nr. 9/1980 vom 4. März 1980, S. 16).
- 2) vgl. MAYER: a. a. O.; HILGEMANN u. a.: op. cit., S. 43, 20, 14; WEGGEL, Oskar u. a.: Die Volksrepublik China (Informationen zur politischen Bildung 166), Bonn 1976, S. VIII, IX, XII. Bezüglich Gerste ist das Land Selbstversorger; Mais, Reis (und Tee) müssen eingeführt werden.
- 3) Prodosh AICH betont diesen Aspekt in seinem Artikel besonders stark und sieht die Bedeutung des Landes in erster Linie hierin liegend (STERN/

VOGELSANG u. a. : dtv - Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert, München 2. Auflage 1974, S. 796).

- 4) Der Verfasser erachtet die letztgenannte Möglichkeit - jedenfalls für die überschaubare Zeit - für rein hypothetisch.
- 5) vgl. MAYER: a. a. O.
- 6) vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 10/1980, vom 11. März 1980, S. 23; DOMES, Jürgen: Politische Soziologie der VR China (Systematische Politikwissenschaft 14), Wiesbaden 1980, S. 126.
- 7) Kurzbiographie s. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 24/1980 vom 17. Juni 1980, S. 5.
- 8) vgl. DOMES: a. a. O.
- 9) vgl. MAYER: a. a. O. Insgesamt gibt es nur 647 Studenten.
- 10) vgl. TERZANI, Tiziano: Wie Hunde mit gebrochenen Gliedern. In: Der Spiegel (DS) 34. Jg. Nr. 46 vom 10. November 1980, S. 192 f., 197; s. auch die Erklärung des Vereins der Tibeter in Deutschland (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG - NZZ - Nr. 58 vom 11. März 1980).
- 11) vgl. DOMES: op. cit., S. 134 ff. Die Militärregion Ch'engtu, die zum Vergleich herangezogen wurde, umfaßt heute neben der gesamten Autonomen Region Tibet auch die Provinz Ssueh'nan, so daß die Aussage mit einer gewissen Ungenauigkeit behaftet ist. Genauere Angaben über die Dislozierung der VBA konnte der Verfasser jedoch nicht ermitteln.
- 12) Bis zum Dezember 1964 war er tibetischer Abgeordneter im Volkskongreß und Vorsitzender der Provisorischen Provinzregierung von Tibet gewesen. Wegen seiner Kritik an Pekings Tibet-Politik und seiner Parteinahme für den Dalai Lama wurde er als Führer einer "reaktionären Clique" heftig kritisiert und abgesetzt. Seine letzten Funktionen verlor er während der Kulturrevolution; 1977 befand er sich "zu Studien" in Peking, wo er vielleicht auf seine neue Aufgabe vorbereitet wurde.
- 13) vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU (FR) vom 25. Februar 1978, S. 1 und 2; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE (IHT) vom 21./22. Juli 1979, S. 5.
- 14) vgl. LE MONDE (LM) vom 24. Juli 1979; s. auch Kapitel C I.
- 15) vgl. CHANG Chen-pang: Peiping's New Policy Towards Tibet. In: Issues and Studies (IAS), Vol. XVI, Nr. 7 (Juli 1980), S. 8 f.; BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 24/1980 vom 17. Juni 1980, S. 3 ff.
- 16) Ibid.
- 17) Damit ist offenkundig die neue Linie der pragmatischen Gruppe um Teng Hsiao-p'ing gemeint.

- 18) vgl. DOMES, Jürgen: China nach der Kulturrevolution, München 1975, S. 109, 129, 130, 224; ders.: Soziologie, S. 98. Yèn wurde im Mai 1970 zum Vorsitzenden des Revolutionskomitees (RK) und im August 1971 zum 1. Sekretär ernannt. Im RK verlor er seine Stellung vermutlich 1979.
- 19) vgl. DOMES: Kulturrevolution, S. 225.
- 20) vgl. DOMES: Soziologie, S. 98, 145.
- 21) vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 24/1980 vom 17. Juni 1980, S. 4.
- 22) Offenbar Lu Ting-i. Der Grund für das Verschweigen seines Namens in der BEIJING RUNDSCHAU ist vermutlich darin zu sehen, daß Lu einer der schärfsten Opponenten Chiang Ch'ings und ihrer Anhänger war und den Säuberungen der Kulturrevolution im Sommer 1965 zum Opfer fiel (s. auch DOMES: Kulturrevolution, S. 23, 33, 39 f.; ders.: Soziologie, S. 48, 77, 102, 264). Seine Erwähnung im Zusammenhang mit der Ablehnung der Veröffentlichung würde die Gedanken des Lesers in die "falsche" Richtung lenken.
- 23) vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 9/1980 vom 4. März 1980, S. 13.
- 24) vgl. CHRONICLE OF MAJOR EVENTS ON THE CHINESE MAINLAND. In: I&S, Vol. XVI, Nr. 2 (Februar 1980), S. 102.
- 25) vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 9/1980 vom 4. März 1980, S. 20 ff. und Nr. 10/1980 vom 11. März 1980, S. 19 ff.
- 26) vgl. CHRONICLE, I&S, Vol. XVI, Nr. 5 (Mai 1980), S. 102.
- 27) Die 5. Plenartagung des XI. ZKs der KCT fand in der Zeit vom 23. bis 29. Februar 1980 statt, die Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK endete am 16. April 1980; beides brachte eine Stärkung der Position der Gruppe um Teng im Partei- und Staatsapparat (vgl. EUROPA-ARCHIV (EA) Nr. 9/1980, D 209-15; CHRONICLE, I&S, Vol. XVI, Nr. 6 (Juni 1980), S. 103; NZZ Nr. 73 vom 28. März 1980; CHANG Chen-pang: The Fifth Plenum of the Eleventh CCP Central Committee: An Analysis, In: I&S, Vol. XVI, Nr. 4 (April 1980), S. 14-23).
- 28) Die Auswahlkriterien sind nicht ersichtlich.
- 29) vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 24/1980 vom 17. Juni 1980, S. 4.
- 30) vgl. DOMES: Kulturrevolution, S. 40, 186; BIOGRAPHIC DICTIONARY OF CHINESE COMMUNISM 1921-65, Vol. 1, Cambridge (Mass.) 1971, S. 385; WHO IS WHO IN COMMUNIST CHINA, Vol. 1, Hong Kong <sup>2</sup>1969, S. 293; BERLINER MORGENPOST (BM), Nr. 3/84. Jg., 4. Januar 1981, S. 2.
- 31) vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 10/1980 vom 11. März 1980, S. 13, 14. Wan war ein enger Mitarbeiter Chou En-lais gewesen, zu Yang vgl. Kurzbiographie

- in I&S, Vol. XVI, Nr. 10 (Oktober 1980), S. 74-78 und CHANG Chen-pang: op. cit., S. 15.
- 32) vgl. CHANG: a. a. O.; BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 24/1980 vom 17. Juni 1980, S. 5. (Hier ist nur vom "kürzlich benannte(n)" 1. Sekretär Yin Fa-t'ang die Rede, die Absetzung Jêns wird verschwiegen. Nur die Verwendung des Wortes "benannt" deutet auf die Umstände hin). In der NZZ vom 17. Juni 1980 wird der zeitliche Ablauf falsch dargestellt.
  - 33) vgl. Der Tagesspiegel (Tsp.) Nr. 10601 vom 8. August 1980, S. 3.
  - 34) Zur Datierung vgl. Anm. 33 und Kapitel C I; vor dem Zwischenfall konnte von einer "gespannten Lage" eigentlich nicht die Rede sein.
  - 35) vgl. dazu DOMES: Kulturrevolution, S. 27; ders.: Soziologie, S. 149; ders.: Die Ära Mao Tse-tung, Stuttgart 1971, S. 167 f.
  - 36) vgl. NZZ vom 17. Juni 1980.
  - 37) Ibid.
  - 38) vgl. CHANG: op. cit., S. 9 f.; BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 24/1980 vom 17. Juni 1980, S. 3 f.; NZZ, a. a. O.
  - 39) s. auch Süddeutsche Zeitung (SZ) Nr. 180/1980 vom 6. August 1980. Nach der NZZ vom 17. Juni 1980 stand dieser Passus bereits in den ZK-Dokumenten.
  - 40) vgl. CHANG: a. a. O.; BEIJING RUNDSCHAU, a. a. O., übernommen von der NNZ a. a. O.
  - 41) Andere Schreibweisen: Ngapo Ngawang Jigme, Ngapoi Ngawang Jigme.
  - 42) vgl. CHANG: op. cit., S. 9; BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 10/1980 vom 11. März 1980, S. 13 f.; YANG CHING-JEN - NEWLY APPOINTED VICE PREMIER OF THE STATE COUNCIL. In I&S, Vol. XVI, Nr. 10 (Oktober 1980), S. 74-78.
  - 43) Ibid.
  - 44) Entweder ganz oder überwiegend als Politischer Kommissar im Wehrbereich Chinan (also in der Provinz Shantung, in der er geboren ist).
  - 45) vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 24/1980 vom 17. Juni 1980, S. 5; NZZ vom 17. Juni 1980.
  - 46) vgl. WHO IS WHO, II, S. 622 f.; BIOGRAPHIC DICTIONARY, II, S. 747 ff.
  - 47) vgl. PEISSEL, Michel: Die Chinesen kommen, Wien-München 1973, S. 61 f., 70 ff., 77; WHO IS WHO, II, S. 523 f. Er hatte den Widerstand der tibetischen Armee gegen die chinesischen Invasionstruppen in Changtu (Tschamdo, Chamdo) 1950 geleitet (allerdings auch schlecht organisiert

- und selbst frühzeitig die Flucht ergriffen), die Delegation seines Landes bei den Friedensverhandlungen mit der VR China 1951 angeführt und sich erst später mit Peking arrangiert. Bis zum März 1978 war er der KCT noch nicht beigetreten (DOMES: Kulturrevolution, S. 119, 260). Zumindest die Khambas betrachten ihn als Verräter.
- 48) s. Kapitel C 1.
- 49) vgl. CHRONICLE, I S, Vol. XVI, Nr. 7 (Juli 1980), S. 101.
- 50) vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 24/1980 vom 17. Juni 1980, S. 5; SZ, Nr. 131 vom 9. Juni 1980.
- 51) vgl. LM, Nr. 11011 vom 26. Juni 1980; FR, Nr. 208/1980 vom 8. September 1980, S. 13.
- 52) Ibid. Sie wurden in einem Zirkular, das am 23. Juni auch in der JMJP erschien, den Kadern bekanntgegeben.
- 53) Sie darf bis zu 10 % des kultivierten Bodens ausmachen.
- 54) LM, a. a. O. ; FR, a. a. O. ; TERZANI: op. cit. , DS Nr. 47/34. Jg. vom 17. November 1980, S. 201-203.
- 55) vgl. TERZANI: a. a. O.
- 56) vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 24/1980 vom 17. Juni 1980, S. 4. Losang Chicheng räumte 1980 in einem Interview ein, daß es heute 70 % aller Volkskommunen schlechter als vor 20 Jahren ginge (TERZANI: a. a. O. ). Schon allein den Stand von 1959/60 zu erreichen dürfte daher sehr schwierig sein.
- 57) vgl. FR, a. a. O. ; TERZANI: a. a. O.
- 58) Unter den klimatischen Verhältnissen war gerade diese Direktive besonders unverständlich, zumal die Eßgewohnheiten der Tibeter eine Umstellung noch erschweren mußten.
- 59) vgl. FR, a. a. O.
- 60) vgl. TERZANI: a. a. O.
- 61) vgl. FR, a. a. O. ; Tsp. , Nr. 10601 vom 8. August 1980, S. 3.
- 62) vgl. TERZANI: op. cit. , DS Nr. 46/34. Jg. vom 10. November 1980, S. 187.
- 63) Manche wurden mit Geschenken von der Regierung für das in der Kulturrevolution erlittene Unbill symbolisch entschädigt.
- 64) vgl. TERZANI: op. cit. , Nr. 46/34. Jg. vom 10. November 1980, S. 199-206; FR Nr. 193 vom 21. August 1980, S. 14; BM, Nr. 203/83. Jg. vom 31. August 1980, S. 14.

- 65) Ibid.
- 66) vgl. Tsp Nr.10531 vom 15. Mai 1980, S. 3.
- 67) vgl. THE TIMES, Nr. 60470 vom 28. November 1978.
- 68) vgl. Tsp Nr.10195 vom 5. April 1979, S. 3.
- 69) vgl. Tsp Nr.10531 vom 15. Mai 1980, S. 3; LM Nr.10723 vom 24. Juli 1979, s. auch Kapitel C II.
- 70) vgl. Tsp Nr.10195 vom 5. April 1979, S. 3; CHANG: op. cit., S.10. Die schließlich nur fünfköpfige Delegation weilte mindestens bis zum Juni in Tibet. CHANG erwähnt noch eine zweite Abordnung im Juli 1979, auf die es aber in der Presse keinen Hinweis gibt. Die von Korrespondenten geübte Zählweise der Missionen zeigt zudem, daß die Juli-Reise ihnen unbekannt geblieben ist. Ein Irrtum über die Aufenthaltsdauer der ersten Abordnung ist zwar nicht völlig ausgeschlossen, doch erweist sich CHANG in anderen Angaben immer als zutreffend.
- 71) vgl. CHANG: a. a. O.
- 72) vgl. LM Nr.10723 vom 24. Juli 1979.
- 73) vgl. IHT vom 21./22. Juli 1979, S. 5.
- 74) vgl. LM, a. a. O.
- 75) vgl. DIE WELT (DW), Nr. 111 vom 13. Mai 1980 und 183 vom 8. August 1980; Tsp Nr. 10531 vom 15. Mai 1980, S. 3. Nach anderen Angaben stand Tsering Dorjee an ihrer Spitze (DW Nr. 178 vom 2. August 1980; LM Nr. 11043 vom 2. August 1980); im Tsp Nr.10611 vom 20. August 1980 wird Tensin Tethong genannt.
- 76) vgl. DW Nr. 145/1980 vom 25. Juni 1980.
- 77) vgl. LM Nr. 11042 vom 1. August 1980, 11043 vom 2. August 1980 und 11056 vom 17. August 1980; TERZANI: op. cit., DS Nr. 46/34. Jg. vom 10. November 1980, S. 197, DS Nr. 47/34. Jg. vom 17. November 1980, S. 199 f.; DW Nr. 183 vom 8. August 1980.
- 78) vgl. LM, a. a. O.; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 177/1980 vom 2. August 1980; DW Nr. 178/1980 vom 2. August 1980; Tsp Nr. 10611 vom 20. August 1980, S. 3.
- 79) vgl. Tsp Nr. 10599 vom 6. August 1980, S. 5; FAZ, a. a. O.; LM, a. a. O.; DW, a. a. O.
- 80) vgl. DW Nr. 178 vom 2. August 1980; FAZ, a. a. O.; FR Nr. 184 vom 11. August 1980.
- 81) vgl. FAZ, a. a. O. Yin hatte auf der Pressekonferenz Ähnliches gesagt.

- 82) vgl. Tsp Nr.10599 vom 6. August 1980, S. 5.
- 83) vgl. Tsp Nr.10641 vom 24. September 1980, S. 6.
- 84) vgl. Tsp Nr.10601 vom 8. August 1980, S.1, Nr.10611 vom 20. August 1980, S.2 und Nr.10626 vom 6. September 1980, S.3; LM Nr.11047 vom 7. August 1980, Nr.11056 vom 17. August 1980; SZ Nr.180 vom 6. August 1980.
- 85) vgl. DW Nr.183 vom 8. August 1980.
- 86) Ibid.
- 87) vgl. dazu auch WADDELL, Austine L.: The Buddhism of Tibet, Cambridge <sup>2</sup>1934, S.132 ff., 228 f.; DALAI LAMA: Das Auge der Weisheit, München-Wien 1975, S. 75.
- 88) vgl. Tsp Nr.10641 vom 24. September 1980, S. 6. Nach DZ, Nr.43/1980 vom 17. Oktober 1980, S.14, war die Reise für November/Dezember geplant.
- 89) vgl. DZ, a. a. O.
- 90) vgl. Tsp Nr.10654 vom 9. Oktober 1980, S. 7.
- 91) Der Begriff selbst wird von den tibetanischen Buddhisten abgelehnt, da sie bestreiten, daß es um eine vom Buddhismus abweichende, selbstständige Lehre handelt (DALAI LAMA: op. cit., S.25). Man geht aber nicht zu weit, wenn man vom Lamaismus als einer Sonderform des Buddhismus spricht, vgl. WADDELL: op. cit., passim, ELIOT, Charles: Hinduism and Buddhism, Bd.1, London 1921, S. LXXXII; CHINA YEARBOOK 1978, S. 56, 67 ff.; THE AMERICAN PEOPLES ENCYCLOPEDIA (1968), III, S. 517 f., XI, S. 225.
- 92) vgl. Tsp Nr.10686 vom 15. November 1980, S. 3.
- 93) vgl. DZ, a. a. O.
- 94) Man denke in diesem Zusammenhang besonders an den Fehlschlag der englischen Invasion Tibets im Jahre 1904.
- 95) vgl. PEISSEL, Michel: Die Chinesen sind da, Wien-Hamburg 1973, S. 280 f. Dagegen irrig TERZANI: op. cit., DS Nr.46/34, Jg. vom 10. November 1980, S.195, der von 15 Jahren spricht.
- 96) vgl. TERZANI: a. a. O.; SZ Nr.180/1980 vom 6. August 1980.
- 97) vgl. DOMES: Soziologie, S.134 ff.
- 98) vgl. DW Nr.183/1980 vom 8. August 1980; TERZANI: op. cit.; DS Nr.46/34, Jg. vom 10. November 1980, S. 206.
- 99) vgl. Tsp Nr.10195 vom 5. April 1979, S. 3 und 10531 vom 15. Mai 1980.

- 100) Indien: 60-90 000, Nepal: ca. 45 000.
- 101) vgl. dazu MARCHETTI, V./MARKS, J.D.: CIA, Stuttgart 1974, S. 158 ff., 182 f., 188, 192, 195.
- 102) vgl. Tsp Nr. 10531 vom 15. Mai 1980, S. 3; LM, Nr. 10723 vom 24. Juli 1979.
- 103) Vermutlich im Gefolge Kossygin's bei dessen Indien-Besuch im April.
- 104) vgl. Tsp, a. a. O.; FR Nr. 158/1980 vom 11. Juli 1980.
- 105) vgl. CHANG: op. cit., S. 10.
- 106) s. u.
- 107) vgl. Tsp Nr. 10601 vom 8. August 1980, S. 3; s. auch NZZ vom 17. Juni 1980.
- 108) Nach dem ind.-chin. Krieg 1962 zog sich die VBA auf eine Linie zurück, die zwar fast, aber nicht ganz mit der McMahon-Linie identisch ist. Verhandlungen über eine abschließende Beilegung der Streitfrage haben nicht stattgefunden.
- 109) vgl. dazu HESS, Peter: Bangla Desh, Frauenfeld-Stuttgart 1972, S. 108-125; FRASER, Angus M.: Military Modernization in China. In: Problems of Communism (PoC), Vol. XXVIII (1979), Nr. 5-6, S. 34-49; SHAPLEN, Robert: Drehscheibe Ostasien, München-Zürich 1980, S. 81-87; Two Speeches: Teng Hsiao-p'ing and Han Nien-Lung Lecture on Vietnam. In: I&S, Vol. XVI, Nr. 8 (August 1980), S. 90-97.
- 110) vgl. JOFFE, E./SEGAL, G.: The Chinese Army and Professionalism. In: PoC, Vol. XXVII (1978), Nr. 6, S. 1-19; FRASER: a. a. O.; THE MILITARY BALANCE 1978/79, London 1978, S. 55-57, 61 f.; DOMES: Soziologie, S. 132-137. Besonders gravierend ist Indiens Überlegenheit bei den Jagdflugzeugen, weil China kaum die Luftherrschaft erlangen könnte.
- 111) In Anbetracht der unter dem Eindruck des sowjet. Einmarschs in Afghanistan intensivierten pakistanisch-chinesischen Beziehungen (s. CHANG Ya-chün: The Afghanistan Crisis and Relations Between Communist China and Pakistan. In: I&S, Vol. XVI, Nr. 6 - Juni 1980 -, S. 51-66) müßte Indien seine Grenze zu diesem Nachbarn, der 429 000 Mann unter Waffen hält, absichern.
- 112) vgl. SZ Nr. 131 vom 9. Juni 1980. Die ddp-Meldung unterstreicht diesen Zusammenhang ausdrücklich.
- 113) vgl. Tsp Nr. 10601 vom 8. August 1980, S. 3; SZ Nr. 180/1980 vom 6. August 1980.
- 114) vgl. DW, Nr. 145/1980 vom 25. Juni 1980. Vgl. dazu auch BEIJING RUND-

SCHAU Nr. 34/1980 vom 26. August 1980, S. 17-23, Die Bedeutung Tibets für die neue Nationalitätenpolitik kommt in der Bildauswahl und im Beileittext zum Ausdruck.

- 115) Man denke in diesem Zusammenhang an die Containment-Policy und US-Außenminister Dulles' "Roll Back", deren Neuauflage durch die SU für die VR China keine angenehme Perspektive sein kann; s. auch "An Outline for Educating Our Militia in Combat Readiness (Einleitung). In: I&S, Vol. XVI, Nr. 1 (Januar 1980), S. 92; YIN Ch'ing-yao: The Peiping-Moscow Relationship and Its Impact on Northeast Asia. In: I&S, Vol. XVI, Nr. 3, S. 28-45, insbesondere Kapitel IV und V; THORNTON, Richard C.: Peking-Moscow Rivalry in Southeast Asia. In: I&S, Vol. XVI, Nr. 10 (Oktober 1980), S. 38-48.
- 116) vgl. zu diesem Komplex die instruktiven Aufsätze von YIN Ch'ing-yao: Current Chinese Communist Strategy and Tactics Toward the Republic of China. In: I&S, Vol. XVI, Nr. 7 (Juli 1980), S. 65-84 und NÄTH, Marie-Luise: Taiwan nach dem amerikanischen Abzug. In: EA, Nr. 5/1980, S. 147-156.
- 117) vgl. CHANG: op. cit., S. 11.
- 118) Deutlich geworden bei der Krise in Ceylon im Frühjahr 1971.
- 119) vgl. NZZ, Nr. 58/1980 vom 11. März 1980 (voller Wortlaut der Erklärung des Vereins der Tibeter in Deutschland); LM, Nr. 11110 vom 19. Oktober 1980.
- 120) Unter ihnen befanden sich Korrespondenten der FRANKFURTER RUND-SCHAU, des SPIEGEL, der BERLINER MORGENPOST und von LE MONDE.
- 121) vgl. DS, Nr. 47/34. Jg. vom 17. November 1980, S. 208-216; FR, Nr. 193/1980 vom 21. August 1980, S. 14.
- 122) vgl. FR, Nr. 184 vom 11. August 1980.
- 123) vgl. DZ, Nr. 43/1980 vom 17. Oktober 1980. Es handelte sich um Han Suyin und den Exil-Tibeter Dawa Norbu; sie haben die in sie gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht.
- 124) vgl. Tsp Nr. 10681 vom 9. November 1980, S. 41 und 42. Noch 1975 hatte beispielsweise der Polyglott-Reiseführer, der mit Unterstützung des Peking China International Travel Service herausgegeben worden war, Tibet nicht in die Landesbeschreibungen aufgenommen.
- 125) Nr. 9 und 10/1980 (Chou En-lais Artikel zur Nationalitätenpolitik), Nr. 24/1980 (ZK-Beschlüsse), Nr. 34/1980 ("Ist die nationale Frage dem Wesen nach eine Klassenfrage?").

- 126) vgl. CHRONICLE, I&S, Vol. XVI, Nr. 9 (September 1980), S. 111; BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 34/1980 vom 26. August 1980, S. 23.
- 127) vgl. LM, Nr. 11103 vom 11. Oktober 1980; Tsp Nr. 10659 vom 15. Oktober 1980, S. 3; FAZ, Nr. 244/1980 vom 20. Oktober 1980, NZZ Nr. 247/1980 vom 24. Oktober 1980.
- 128) vgl. LM, a. a. O.; NZZ, a. a. O.
- 129) vgl. LM, Nr. 11111 vom 21. Oktober 1980; NZZ, a. a. O.
- 130) vgl. Tsp Nr. 10659 vom 15. Oktober 1980, S. 3.
- 131) vgl. NZZ, a. a. O.; SZ, Nr. 246/1980 vom 23. Oktober 1980.
- 132) vgl. LM, Nr. 11110 vom 19. Oktober 1980.

JAKOB RÖSEL



## Der Palast des Herrn der Welt

ENTSTEHUNGSGESCHICHTE UND  
ORGANISATION DER INDISCHEN  
TEMPEL- UND PILGERSTADT PURI

XXXVIII + 378 S., DM 59,-.

Die Arbeit stellt den Versuch dar, einem bislang in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Indien vernachlässigten Thema gerecht zu werden: der regionalen Bedeutung von Tempel- und Wallfahrtsstätten. Diese waren für die regionalen Hindudynastien nicht nur Zentren einer quasitheokratischen Legitimation – der Regionalgott als wahrer Herrscher, der König als sein Stellvertreter –, sondern als Zentren einer sakralen Abschöpfung und Umverteilung wurden diese Städte der Kern hochproduktiver Sakralzonen, in denen sich die Struktur der klassischen Regionalreiche erst herauskristallisierte. Leitmotiv der Arbeit bildet die großemäßige Zunahme und der Wandel in der Form von Landstiftungen.

HRSG.: ARNOLD-BERGSTRAESSER-INSTITUT, FREIBURG I. BR.  
Materialien zu Entwicklung und Politik Nr. 18

## Weltforum Verlag

Weltforum Verlagsgesellschaft für Politik und Auslandskunde mbH · München · Köln · London  
Marienburger Straße 22 · D-5000 Köln 51 (Marienburg) · Telefon (0221) 38 80 11